

48. Sitzung

am Dienstag, dem 8. November 2005

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	3055
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	3055

Wahl des Präsidenten des Senats

Vereidigung des Präsidenten des Senats

Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)	3055
Abg. Dr. Sieling (SPD)	3058
Abg. Perschau (CDU)	3060
Abg. Wedler (FDP)	3062
Abg. Tittmann (DVU)	3064
Wahl	3065

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Koestermann, Dr. Schrörs.

Präsident Weber

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Arnold-Cramer

Schriftführerin Böschen

Schriftführerin Dr. Hannken

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

Präsident Weber: Die 48. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße sehr herzlich die anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die zahlreichen Vertreter der Presse.

Die Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Gesetz zur Änderung der Aufgaben des Eigenbetriebs Performa Nord – Personal, Finanzen, Organisation, Management – Eigenbetrieb des Landes Bremen und zur Überleitung von Personal

Mitteilung des Senats vom 1. November 2005 (Drucksache 16/789)

2. Ausbildungs- und Beschäftigungschancen für Jugendliche verbessern
- Mitteilung des Senats vom 1. November 2005 (Drucksache 16/795)

3. Regionalflughafen Bremerhaven stärken
- Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 3. November 2005 (Drucksache 16/797)

(B)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der Dezember-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Besserer Schutz der Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution
- Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 30. August 2005

D a z u

Antwort des Senats vom 18. Oktober 2005 (Drucksache 16/783)

2. Studienplätze und Zulassungen zum Wintersemester 2005/2006 an den Hochschulen im Lande Bremen
- Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 5. Oktober 2005

3. Umsetzung der Polizeistrukturereform in Bremen
- Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 14. Oktober 2005

4. Kinder mit Diabetes in Kindertagesstätten und Schulen
- Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1. November 2005

Meine Damen und Herren, zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass ich diese morgen zu Beginn der Sitzung mitteilen werde.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

(C)

Wahl des Präsidenten des Senats

Wir verbinden hiermit:

Vereidigung des Präsidenten des Senats

Meine Damen und Herren, vorab möchte ich Ihnen von einem Schreiben von Herrn Bürgermeister Dr. Scherf vom 1. November 2005, hier eingegangen am 4. November 2005, Kenntnis geben: „Sehr geehrter Herr Präsident, hiermit zeige ich Ihnen an, dass ich gemäß Artikel 107 Absatz 6 unserer Landesverfassung mit Ablauf des 7. November des Jahres von meinem Amt als Präsident des Senats zurücktrete und aus dem Senat der Freien Hansestadt Bremen ausscheide. Ich erkläre hiermit gleichzeitig mit Wirkung zum gleichen Zeitpunkt, dass ich von dem Recht gemäß Artikel 108 Absatz 2 Landesverfassung, wieder in die Bürgerschaft als Mitglied einzutreten, keinen Gebrauch machen werde. Mit freundlichem Gruß, Ihr Dr. Henning Scherf.“

Meine Damen und Herren, für die Wahl des Präsidenten des Senats hat die Fraktion der SPD Herrn Jens Böhrnsen vorgeschlagen.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

(D)

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bremen wählt heute einen neuen Bürgermeister und steht, das wird nun mittlerweile allerorten eingestanden, vor einer politischen Zäsur. Wir blicken auf zehn Jahre Henning Scherf zurück. Auch wenn man sich darüber klar sein soll, dass solche Bewertungen immer nur Momentaufnahmen sind und dass die Geschichte vieles dann auch anders sehen wird, würden die Grünen heute sagen, dass diese politische Periode Bremens durch den Eindruck einer Politik zum Anfassen gekennzeichnet war. Die Menschen hatten den Eindruck, das Gefühl, dass sie im Rathaus mit ihren Anliegen angenommen werden.

Diese Phase war gekennzeichnet durch eine hohe Investitionsquote. Dafür hatte die große Koalition, das würden auch die Grünen nicht bestreiten, auch einen Wählerauftrag. Sie war allerdings auch durch eine Sparpolitik gekennzeichnet, die eher un kreativ zu Lasten vor allen Dingen weicher Politikbereiche ging und, das kann ich vielleicht auch ganz gut beurteilen, weil ich viele Jahre für die Sozialpolitik gestanden habe,

- (A) vor allem im Bereich Soziales doch sehr große Verwerfungen nach sich gezogen hat.

Bundespolitisch hat sich Bremen darüber profiliert oder versucht zu profilieren, dass wir wieder wer sind, dass wir Bündnisse mit den reichen Bundesländern eingegangen sind und versucht haben, auch in der Föderalismuskommission mit denen die Bündnisse und die Politikinhalt zu teilen und weniger Stadtstaatenbündnisse und mit den schwachen Bundesländern gemeinsam einen finanzpolitischen Kurs zu definieren.

Wenn man auch nach eingestandener Meinung aller Finanzwissenschaftler nicht aufholend investieren kann, ist es so, dass auch für die Grünen ein Teil der Investitionspolitik der letzten Jahre richtig und zukunftsweisend gewesen ist. Dazu zählt ausdrücklich die Investition in die Universität und in den Bildungs- und Wissenschaftsstandort. Das, denke ich, muss man auch unabhängig von allen Begehrlichkeiten, Wünschen und Anforderungen des Bundes und der anderen Bundesländer, die jetzt über uns hereinbrechen werden, unbedingt verteidigen. In dem Bereich liegt die Zukunft des Standortes.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (B) Richtig auch aus Sicht der Grünen waren die Programme zur Instandhaltung von öffentlichen Gebäuden, insbesondere Schulen, und der Straßen. Falsch war ein Investitionskurs nach dem Motto: Wünsch dir was! Der Space-Park wird als Symbol für zehn Jahre Politik ohne Maßstäblichkeit bleiben, für zehn Jahre einer Politik, bei der wir nicht verstanden haben, dass Bremen die zehntgrößte Stadt Deutschlands ist und das kleinste Bundesland, aber nicht dieselbe Politik machen kann wie Metropolen wie München, Berlin oder Hamburg.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die große Koalition wollte und will zum Teil bis heute nicht wahrhaben, dass auch die getätigten Investitionen in Sanierungszeiten unter besonderem Rechtfertigungszwang stehen. Zinsen, die durch die Kreditaufnahme für Ihre Investitionen entstehen, sind die Kürzungen von morgen in dem Bereich bei Kindern und Jugendlichen, bei Soziales, bei Bildung und Kultur.

Das zentrale Ziel der großen Koalition, eine Sanierung der Haushalte, ist nicht nur weit verfehlt, es ist schlimmer gekommen, als selbst die Grünen vorausagen konnten. Wir stehen heute in einer Situation, in der wir nicht mehr damit rechnen können, dass Bund und Länder und das Verfassungsgericht uns bescheinigen, dass wir diese Haushaltsnotlage ohne eigenes Verschulden haben.

Unser Ruf auf Bundesebene ist bedrohlich! Jeder, der sich bundesrepublikweit bewegt, muss sich blö-

de Bemerkungen gefallen lassen, weit mehr als über den Space-Park. Viele wissen sehr gut über die Bremer Haushaltslage Bescheid und sehen auf das Bundesverfassungsgericht, und viele glauben, dass das, was der Sachverständigenrat im Wirtschafts- und Finanzressort empfiehlt, nämlich Gebietskörperschaften in den nächsten Jahren ganz stark an die Kandare zu nehmen, für Bremen auch kommen wird.

Der eigene Gutachter Bremens, Herr Seitz, empfiehlt, so wie die Grünen auch, einen Kurswechsel, nicht nur verschwiemelt hier irgendwie ein bisschen die Kurve zu kriegen, sondern einen offensiven Politikwechsel, der sagt, dass Bremen diesen Investitionskurs so nicht wieder machen würde, dass man aus Bremen und den Erfahrungen, die man hier gemacht hat, gelernt hat, man dann einen anderen Kurs, einen anderen Sanierungskurs fahren muss.

Wir bewerten diese zehn Jahre große Koalition unter Henning Scherf als eine Episode, in der in einmaliger Weise auf Kosten der Zukunft Politik gemacht wurde.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bremen wird sich jetzt den Herausforderungen der Föderalismuskommission stellen müssen. Ich hoffe, dass es in Zukunft gelingt, die Bremer Interessen dort besser zu vertreten und nicht vorneweg zu sein mit der Hoffnung auf Öffnungsklauseln, die letztendlich dazu führen werden, dass unser Bundesland den Dumpingwettbewerb, wer behandelt seinen öffentlichen Dienst noch schlechter als die anderen, nicht gewinnen kann.

Auch der Abbau von Mischfinanzierungen ist, insbesondere wenn man sich die Bedeutung der Universität und Hochschulen für unser Bundesland anschaut, keine gute Idee. Es ist ein Fehler, wenn Bremen auf dieser Ebene so agiert.

Herr Kollege Böhrnsen – heute das letzte Mal wahrscheinlich –, Ihren Wahlkampf innerhalb der SPD für die sozialdemokratische Seele, den hatten Sie, glaube ich, gar nicht nötig. Ich glaube auch, dass es ein Fehler war, weil es nicht um Seelen geht. Es geht darum, wie man ein Bewusstsein dafür wecken kann, dass es nicht um Einzelinteressen geht, sondern dass es eine Gesamtentwicklung unseres Standortes geben muss. Sie müssen jetzt vor dem Hintergrund dieses Wahlkampfes in der SPD einen Sparkurs vermitteln, der auch die Menschen treffen wird, von denen viele hier im Haus denken, dass sie schon genug Opfer für den Sanierungskurs gebracht haben. Trotzdem wird es so sein, dass Sie das einlösen müssen, Sie müssen nämlich versuchen, den Menschen einen sozial gerechten Sparkurs zu vermitteln und ihn auch so zu machen. Ihr Wahlkampf selbst war, glaube ich, so, dass er Hoffnungen erweckt hat, die Sie gar nicht werden einlösen können.

Wir möchten gern, dass Sie für einen starken Staat stehen. Das heißt aber auch, dass die Schuldenma-

(C)

(D)

- (A) cherei der letzten Jahre stärker in den Mittelpunkt der Betrachtung rückt. Ich weiß, dass Sie es können, als Person habe ich Sie hier kennen gelernt. Ich weiß aber auch, dass Sie die Erwartungen Ihrer eigenen Klientel, die Sie geweckt haben, nicht erfüllen können, weil die Lage gar nicht danach ist. Das gilt übrigens auch für den Umgang der CDU mit der Handelskammer. Stehen Sie doch endlich auf und sagen das, was Sie selbst ganz genau wissen: Es wird so auch mit den Investitionen nicht weitergehen, auch wenn Sie es sich noch so wünschen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Kollege Böhrnsen, Sie standen hier, mit steigender Tendenz in den letzten Jahren, für einen Kurs der Kritik an dem Senat für unsoziale Auswüchse von Sparpolitik, für Fehlentwicklungen bei Investitionen. Sie haben auch die grünen Ansichten über die Zukunftsbelastungen, die über Kapitaldienstfinanzierungen und Abfinanzierungen in die nächsten Jahrzehnte hinein angerichtet werden, geteilt. Sie müssen den Bremerinnen und Bremern jetzt zeigen, dass es mehr war als nur eigene Profilierung für eine gute Presse und sonst keine Folgen nach sich ziehen musste. Jetzt müssen Sie zeigen, dass es Ihnen ernst war, dass Sie diesen Kurswechsel auch in dieser Koalition im Interesse Bremens und Bremerhavens vollziehen wollen.

- (B) Enttäuscht war ich in den letzten Wochen von zwei Dingen, die eigentlich nicht mit dem in Einklang stehen, wie ich Sie kenne und wie Sie sich öffentlich geäußert haben. Das eine ist, dass sang- und klanglos in der großen Koalition 13 Millionen Euro für das Universum durchgewunken wurden, in den Wirtschaftsförderungsausschüssen noch nicht einmal mit der verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Bewertung nach Artikel 131 a Landesverfassung.

Ich verstehe, dass man bei diesem Übergang von dem einen zum anderen Bürgermeister auch in dem Bereich der Wirtschaft und Handelskammer die richtigen Signale aussenden muss. Das richtige Signal wäre aber gewesen zu sagen, wir müssen es uns genauer anschauen. In diesen 13 Millionen Euro sind 1,2 Millionen Euro für einen Parkplatz. Brauchen wir den eigentlich wirklich?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ist es wirklich so, dass man gegenüber den anderen Bundesländern diese Politik rechtfertigen kann? Ist es wirklich so, dass wir keine Angst davor haben müssen, dass sich die Geberländer, die uns aus der Patsche werden helfen müssen, wenn die Existenz des Bundeslandes gesichert sein soll, nicht auch solche Dinge anschauen werden und sich Gedanken darüber machen werden, dass es keine Bewertung gegeben hat, was bringt die Investition aus dem öffentlichen Haushalt auch für den Haushalt Bremens in den nächsten und übernächsten Jahren?

Der zweite Punkt war das Theater. Ist es wirklich so, dass man in der jetzigen Zeit nach dem Motto „Halte den Dieb!“ einfach auf Mitarbeiter des Theaters zeigen darf und sie ausbaden lassen darf, was da falsch gelaufen ist? Ist es wirklich so, dass der Senat dort keine Fehler gemacht hat? Alle hier im Haus wissen, dass es nicht so ist! Stattdessen – ich glaube, Sie haben dazu einfach nur geschwiegen – haben Sie zugelassen, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, Herr Pierwoß habe alles falsch gemacht und der Senat alles richtig, und es sei in Bremen eine Zeit angebrochen, in der man sich nicht dafür schämen muss, Beleuchtern mit 1200 Euro brutto im Monat noch das Weihnachtsgeld abzunehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist von der Sache her nicht gerechtfertigt. Es ist aber auch keine gute Grundlage für den notwendigen Sparkurs, den Bremen steuern muss, wenn wir sicherstellen wollen, dass in der Zukunft die Menschen hier mitmachen und nicht den Mut verlieren und nicht denken, dass jetzt sowieso alles egal ist.

Die Grünen erwarten vom Senat eine Politik für Bremens Zukunft. Das ist zuallererst, auch wenn es nicht besonders prickelnd ist, eine seriöse Haushaltspolitik und fiskalische Bewertung aller Maßnahmen, die Bremen noch in den nächsten Jahren durchführen wird. Das gilt für harte und weiche Politikbereiche, für Investitionen und konsumtive Ausgaben, damit da kein falscher Eindruck entsteht!

Wir erwarten einen Schwerpunkt Bildung. Das heißt dann aber, Schwerpunkt ist Schwerpunkt Bildung und Wissenschaft, und dann heißt es auch, dass man woanders auch nein sagen muss, weil sich das Geld nicht beliebig vermehren lässt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir erwarten Bündnisse mit armen Ländern auf Bundesebene. Wir erwarten, dass die Klage Bremens vor dem Verfassungsgericht gut vorbereitet wird und dass wir strategisch mit erwägen, ob wir nicht größere Aussichten haben, auf Bundesebene erfolgreich zu sein, wenn wir auch hier bestimmte Auswüchse der Bremer Investitionspolitik selbstkritisch sehen und davon Abstand nehmen. Wir erwarten, dass alle politischen Entscheidungen vor dem Fokus gesehen werden, was sie für Einwohner und Arbeitsplätze bringen.

Wir erwarten, dass offensiv – das steht auch in Ihrem Einigungspapier, das wird von den Grünen ausdrücklich begrüßt – für den Hafenstandort Bremerhaven geworben wird. Die besten Argumente, um Geld nach Bremen zu bekommen, ergeben sich aus der Tatsache, dass Bremen allein die Hafenlasten als Bundesland trägt. Da könnten wir viel mehr machen. Ich glaube auch, dass es unabhängig von der Klage

(C)

(D)

- (A) einen Bewegungsspielraum bei den anderen Bundesländern gibt.

Wir möchten, dass die Umweltpolitik als Motor der Wirtschaftsentwicklung und als Standortfaktor wieder stärker in den Mittelpunkt gerückt wird. Wir wollen für Bremens Zukunft, dass Frauenpolitik als eine Querschnittsaufgabe gesehen wird. Wenn wir hier gut ausgebildeten Frauen berufliche Chancen bieten, steigt die Attraktivität des Standorts, das heißt bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ein Ausbau der Kinderbetreuung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie werden es uns nachsehen, wir glauben nicht, dass die große Koalition dies alles kann. In den letzten zehn Jahren nicht, warum sollte es jetzt anders werden, vielleicht mit Ihnen? Es wäre im Interesse Bremens! Vereinbart ist das dünne Freitagspapier. Gelesen habe ich es wohl. Am meisten habe ich darüber schmunzeln müssen, dass Sie sich nun vorgenommen haben, die Ressortegoismen aufzugeben. Dann haben Sie ja wenigstens eingeräumt, dass es jahrelang so war.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (B) Kürzt du bei mir, kürze ich bei dir! Wer da Geld ausgeben darf, der muss es in einem anderen Ressort auch machen.

Das war die Politik der großen Koalition. Sie ist teuer und hat mit einer Zukunftsentwicklung unseres Bundeslandes nichts zu tun. Das Geldausgeben war der Kitt der großen Koalition, der bröckelt, weil es nichts mehr auszugeben gibt. Investitionen waren der Suchstoff, der nie ausgehen durfte. Wieder sind leider nur Kürzungen als Quote vereinbart. Vielleicht bekommen Sie es ja hin – ich habe gehört, dass wieder an dem Ziel festgehalten werden soll –, einen ausgeglichenen Primärhaushalt im Jahr 2009 vorzulegen. Ich sage Ihnen, ohne große Mogeleyen geht das nicht. Es ist menschenunmöglich und würde beide Städte auch dermaßen vor die Wand fahren, dass man es nicht verantworten kann.

Besser wäre ein Konsens über die Frage, wie weit wir mit unseren Angeboten an die anderen Bundesländer gehen können. Wir dürfen nicht unsere Angebote an die Bürgerinnen und Bürger weit unter das senken, was uns an 135 Prozent Einwohnerveredelung zugestanden wird, weil wir sonst die Axt an die Standorte dieses Mal nicht fiskalisch, dafür eben an die Angebote an die Bürgerinnen und Bürger legen.

Herr Kollege Böhrnsen, die Grünen haben Sie schätzen gelernt in der Zusammenarbeit der letzten Jahre, das kann ich nicht anders sagen. Sie waren verlässlich. Die Dinge, die mit Ihnen vereinbart wurden, haben auch gehalten. Ich habe Sie geschätzt für einen diskursiven und argumentativen Stil und einen Stil, der an der Sache orientiert war. Mir ist aufge-

fallen, dass Sie jemand sind, von dem man weiß, dass er ein Verständnis für die Lebenslage der Menschen hat, die in Bremen und Bremerhaven arm sind, und das sind viele.

Wir wählen Sie als Bürgermeister nicht, weil Sie eine Regierung vertreten, die in zentralen Feldern in den letzten zehn Jahren gescheitert ist. Die Grünen werden hier einen Oppositionskurs in der Sache weiterführen. Wir sind nicht Regierung im Wartestand oder geborener Koalitionspartner für die eine oder die andere Seite dieses Hauses.

Im Interesse unseres Bundeslandes wünschen wir Ihnen alles Gute!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auslöser der heute bevorstehenden Entscheidung ist der eben vom Präsidenten hier verlesene Rücktritt von Bürgermeister Henning Scherf gewesen. Ich spreche dies hier zu Beginn meiner Rede an, weil ich finde, es gilt für mich jedenfalls und für unsere Fraktion noch einmal festzuhalten, dass Henning Scherf als Bürgermeister in den letzten zehn Jahren, aber auch in seinen mehr als 25 Jahren Mitgliedschaft im Senat in dieser Stadt, in beiden Städten, in unserem Land tiefe Spuren hinterlassen hat, ich finde, positive Spuren!

Er hat, glaube ich, und das wird wahrscheinlich als eines seiner entscheidenden Merkmale in die Geschichte eingehen, in dieser Stadt, in unseren beiden Städten vieles geöffnet. Er hat das Rathaus den Menschen genauso geöffnet, wie er auch vielfach die Herzen der Menschen geöffnet hat. Es ist aber nicht nur das, womit viele im politischen Bereich nicht umgehen konnten, sondern es ist auch das, dass er immer ein Bürgermeister der Tat war und gleichzeitig kein Technokrat, sondern ein Bürgermeister, der Zukunftsvorstellungen und Visionen hatte.

In dem Zusammenhang, finde ich, ist es schon eine Epoche, von der man reden kann, Frau Kollegin Linnert, und keine Episode, sondern hier ist ein Bürgermeister aus dem Amt geschieden, der, glaube ich, als großer Bürgermeister in die Geschichte eingehen wird, der aber auch für uns als großer Sozialdemokrat in diesem Bundesland in die Geschichte eingehen wird.

(Beifall bei der SPD)

Nach einem solchen Rücktritt muss es einen richtigen Neuanfang geben, und mittlerweile wird hierfür allerorten und immer das Wort Zäsur verwendet. Auch Frau Linnert brachte gerade das Wort Zäsur auf, das

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Jens Böhrnsen und ich Anfang dieses Jahres gemeinsam in einer Bestandsaufnahme und einer Aufzeichnung über die Aufgaben der bremischen Politik zum ersten Mal formuliert haben. Dieses Wort der Zäsur, des tiefen Einschnitts, ist mittlerweile Allgemeingut in der bremischen Politik, auch in der großen Koalition, wie ja das Studium des Ergebnis-papiers vom Wochenende deutlich zeigt. Ich finde, das ist gerade vor dem Hintergrund der Situation, in der wir uns als Bundesland befinden, wichtig und richtig mit diesem tiefen Einschnitt nach Auslaufen der Sanierungszahlungen.

Bevor ich dazu komme, will ich aber sagen, dass es hier auch um den personellen Neuanfang und damit natürlich auch um die personelle Zäsur geht. Wir schlagen dem Parlament gemeinsam als große Koalition mit Jens Böhrnsen jemanden vor, der, glaube ich, ein Mann ist, ein Politiker, der in deutlicher Weise politische Grundsätze und Grundwerte hat und mit diesen fest im Leben steht, der seine Politik ganz besonnen macht und jemand ist, der zuhören kann und vor allem auch zuhört, bevor er Entscheidungen trifft, und jemand, der auf Zusammenarbeit, auf Team, auf Kooperation in seiner Politik setzt, Politik gemeinsam entwickeln will. Ich bin sicher, dass er dies im Senat fortsetzen wird. Ich will es einmal so sagen: Ich finde, mit diesen Eigenschaften ist Jens Böhrnsen bremischer, als es viele Bremer sind, und so muss ein Bürgermeister sein, meine Damen und Herren!

(B) (Beifall bei der SPD)

Ich möchte auf die inhaltliche Zäsur zu sprechen kommen, weil es ja darum geht, wessen wir uns jetzt den nächsten Monaten zuwenden müssen. Es besteht die Notwendigkeit, angesichts dieser Haushaltslage, die man gar nicht dramatisch genug charakterisieren kann, dass wir dazu kommen, einen Ansatz zu finden, der die Selbstständigkeit des Landes sichert und den Menschen in Bremen und Bremerhaven eine Perspektive gibt. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, wenn man dies angeht, braucht man einen Leit-faden, der mit dem Ziel verbunden sein muss, dabei Gerechtigkeit walten zu lassen, gleichzeitig aber auch einen Aufbruch zu organisieren, bei dem Kräfte gesammelt und mobilisiert werden und bei dem man die Dinge gemeinsam anfasst. Ich denke, es ist in diesem Hause allen klar, dass mit Jens Böhrnsen als Präsident des Senats jemand kommt, der genau so an die Dinge herangeht.

Die allererste Aufgabe, und ich finde, das muss man in jeder Diskussion, bei allen Bremensien und Eigenheiten, die wir auch in Bremerhaven diskutieren, in den Vordergrund stellen, die entscheidende Aufgabe zu unserer Existenzsicherung wird sein, dass wir gegenüber dem Bund und den Ländern deutlich machen, dass die Steuerverteilung gerechter gestaltet werden muss, dass das, was an Leistung in diesem Land erwirtschaftet wird, sich hier auch in entspre-

chender finanzieller Ausstattung wiederfindet. Dieser Ansatz wird die zentrale Aufgabe des Senats in den nächsten Wochen und Monaten sein, und darum geht es!

Ich denke, wir haben da sehr gute Grundlagen geschaffen, übrigens auch am vergangenen Freitag in der Beratung, die die große Koalition an der Stelle geleistet hat. Daran ausgerichtet wird im Mittelpunkt sicherlich die Vorbereitung der Klage selbst stehen, aber es muss mehr sein. Wir müssen natürlich Verhandlungsoptionen in der ganzen Frage der gestern erst endgültig verabredeten Föderalismusreform verankern. Darum wird es diesem neuen Bürgermeister und diesem neuen Senat sehr stark gehen müssen.

Schon in den nächsten Wochen werden wir mit dem Haushalt in unserem Land die Aufgabe haben, dieses Ziel der Gerechtigkeit zu konkretisieren. Es wird natürlich, Frau Linnert sprach es an, eine Gerechtigkeit auch in der Lastenteilung an der Stelle geben müssen. Da will ich sagen, was Sie eben auch ansprachen: Dass der innerparteiliche Wahlkampf in der SPD um die Nachfolge von Henning Scherf nur, wie haben Sie es formuliert, sozialdemokratische Seelenmassage war, ich glaube, das war der Begriff, das halte ich, und ich habe alle Veranstaltungen verfolgt, für Unsinn. Nein, dort ist es um die zentralen Aufgaben gegangen – und beide Kandidaten haben dazu die entsprechenden Dinge gesagt –, die für uns darin bestehen, und da werden wir als Sozialdemokraten am Ball bleiben, dass man zwar sparen muss, wir aber in dem Zusammenhang Grenzen kennen und wir uns insbesondere im konsumtiven Bereich in der Tat schon zur Decke gestreckt haben und deshalb die Investitionen stärker in den Fokus genommen werden. Darum kommen wir nicht herum, und ich habe auch nach Lektüre der Wochenendinterviews den Eindruck, das wird langsam zum Allgemeingut bremischer Politik, und das ist auch gut so.

Wir reden hier nicht über einzelne Projekte oder einzelne Parkplätze bei einzelnen Projekten, sondern es geht um diese Grundfrage, wie wir damit umgehen. Dazu muss es einen neuen Ansatz geben, der damit im Zusammenhang steht, dass wir natürlich inhaltlich Schwerpunkte auf Bildung und Wissenschaft setzen. Ich denke, dafür steht dieser neue Bürgermeister, und er steht dafür, dass wir einen anderen Umgang finden mit unserem Eigentum, mit dem, was wir an Gesellschaften organisiert haben, aber auch, was wir an Eigentum an Gesellschaften haben. Die Entscheidung zur Gewoba ist doch ein Zeichen, das ist ein guter Beginn für diesen Bürgermeister, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Wir werden diese Dinge umsetzen, auch Frau Linnert sprach das an, in der großen Koalition. Wir haben das Wahlergebnis von 2003, wir haben vor allem die Vereinbarung und den Koalitionsvertrag, der

(C)

(D)

- (A) für uns die Grundlage ist. Er steht nicht zur Disposition, die anstehenden Aufgaben werden bis zur nächsten Bürgerschaftswahl solide abgearbeitet, gemeinsam abgearbeitet mit dem Ziel der Verständigung auf die wesentlichen Aufgaben und Dinge, die wir dort angehen müssen.

Ich will noch einen Punkt im Zusammenhang mit diesem Neuanfang ansprechen, den wir machen und machen müssen! Ich glaube, es wird ein Neuanfang, und dafür, denke ich, steht Jens Böhrnsen nach zehn Jahren Mitgliedschaft in diesem Parlament, in der Bremischen Bürgerschaft und als jemand, der hier sechs Jahre Fraktionsvorsitzender war. Wir werden ein neues Verhältnis von Parlament und Senat haben müssen, wir brauchen ein neues Verhältnis von Parlament und Senat. Es muss auch hier in stärkerer Weise zu gemeinschaftlichem Herangehen kommen, und der Hinweis auf die Ressortegoismen, der am Wochenende eine Rolle gespielt hat, muss auch darauf übertragen werden, dass wir die anstehenden Aufgaben Hand in Hand und gemeinsam angehen. Ich bin sicher, dafür steht Jens Böhrnsen als jemand, der mit dem Parlament ganz offen zusammenarbeiten wollen wird, und er wird diese Kraftanstrengung gemeinsam angehen wollen. Auch deshalb ist Jens Böhrnsen die richtige Wahl.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Ich möchte zum Schluss auch ganz persönlich sagen, dass wir, lieber Kollege Böhrnsen, lieber Jens, in den letzten zehn Jahren hier gemeinsam ins Parlament gekommen sind und gemeinsam viele Dinge angefasst haben. Ich wünsche mir, dass dies jetzt auch in der neuen Rolle, die da bevorsteht, so sein wird. Ich finde, die Rückendeckung, die dafür vorhanden ist, diese breite Legitimation, die es gibt – nicht nur durch die Abstimmung der SPD, sondern die gibt es vor allem dadurch, dass diese Entscheidung eine große Öffentlichkeit hatte, eine große Beteiligung in beiden Städten hatte, woran die Menschen beteiligt waren –, diese Legitimation macht mich froh, und ich denke, das ist eine Grundlage dafür, dass auch deutlich wird, dieser Neuanfang wird auch bei den Bürgerinnen und Bürgern Unterstützung finden.

Ich habe in der Vergangenheit immer die Zusammenarbeit schätzen gelernt, und ich denke, wir haben viele Sachen angefasst, und das gilt auch für die Fraktion. Diese Fraktion weiß zu schätzen, was sie an diesem Fraktionsvorsitzenden hatte, wird man gleich sagen müssen, und sie weiß zu schätzen, was sie an diesem Bürgermeister haben wird,

(Beifall bei der SPD)

davon bin ich voll und ganz überzeugt. Wir sagen: Du bist einer von uns, und du wirst einer von uns bleiben, lieber Jens!

Ich wünsche ein gutes Wahlergebnis und bitte, im Hause möglichst breit für Jens Böhrnsen zu stimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Perschau.

Abg. **Perschau** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Präsident hat darauf hingewiesen, dass Bürgermeister Henning Scherf mit Ablauf des gestrigen Tages zurückgetreten ist. Ich denke, dass ich das auch als Koalitionspartner durchaus würdigen muss. Er war 27 Jahre Mitglied des Senats. Das ist eine Teilhabe an Regierungstätigkeit, die im Bereich der Ein- oder vielleicht irgendwann der Zweimaligkeit liegt, aber es ist etwas ganz Außergewöhnliches. Das durchzuhalten setzt auch sehr viel Stehvermögen und Durchsetzungswillen voraus. Ich bedauere es, dass Henning Scherf heute nicht da ist, weil ich finde, er hätte es verdient, dass wir uns hier heute von ihm verabschieden, und zwar in angemessener Weise, insbesondere weil er erklärt hat, dass er auch sein Mandat für die Bürgerschaft nicht annehmen will.

Henning Scherf hat die Koalition mit großer Integrationskraft geführt, und er hat sich teilweise so intensiv um unser Wählerpotential, das Bürgertum und die Wirtschaft, gekümmert, dass es sicherlich für die SPD eine höhere Rendite eingebracht hat als für uns. Von daher haben wir das mit sehr gemischten Gefühlen betrachtet.

Die SPD hat das auch mit sehr gemischten Gefühlen gesehen, weil sie natürlich sich selbst in ihrer eigenen Identität nicht wiedergefunden hat, aber es war sicherlich ein ungewöhnlich geschickter Schachzug von ihm, so tief in das andere Wählerpotential hinein zu argumentieren, und insofern kann ich nur sagen, dass wir vor diesem Hintergrund mit der Personalentscheidung der SPD gut leben können.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Weil das natürlich so ist, hat Henning Scherf sicherlich eine außerordentliche Integrationsleistung erbracht, und sie war auch für uns wichtig. Ich will nur ganz sanft daran erinnern, auch die Grünen nur ganz sanft erinnern, dass der Zustand, in dem Bremen und Bremerhaven sich zu Beginn der großen Koalition befanden, weit davon entfernt war, wettbewerbsfähige Standorte gegenüber vergleichbar großen Städten zu sein, weit davon entfernt.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, dass in diesen zehn Jahren sehr viel Strukturwandel abgearbeitet werden musste. Meine Damen und Herren, egal, welche Parteipräferenz Sie

(C)

(D)

(A) haben, eines ist und bleibt die Wahrheit: Wir haben durch den Strukturwandel in der Vergangenheit viele Arbeitsplätze verloren, wir verlieren durch den Strukturwandel täglich viele Arbeitsplätze, und wir werden durch den Strukturwandel auch in Zukunft viele Arbeitsplätze verlieren, weil einfach die Automatisierung, der IT-Bereich, die Robotik und viele andere Verfahren die Arbeitstechniken verändern und Menschenkraft ersetzen. Wir erleben doch eine Erosion an Arbeitsplätzen, die sich auch aus dem Strukturwandel ergibt. Wenn wir ihn nicht machen und nicht in andere Bereiche umsteuern, in mehr Dienstleistung, in besondere Felder, in Innovationen, in neue Technologien, wenn wir Wissenschaft und Forschung nicht zur Grundlage einer neuen wirtschaftlichen Entwicklung gemacht hätten, dann wäre es niemals möglich gewesen, diese Vielzahl wegbrechender Arbeitsplätze, insbesondere in der industriellen Produktion, auszugleichen oder gar noch darüber hinaus zu gehen.

(B) Die Frage der Wettbewerbsfähigkeit, die wir als Standort brauchen, orientiert sich nicht nur, wenn auch ganz zentral, aber nicht nur, an der fiskalischen Situation, sondern sie orientiert sich in ganz vielen Feldern an der standortbezogenen Wettbewerbsfähigkeit. Meine Damen und Herren, wir sind ein Hafenstandort, insbesondere Bremerhaven. Ich habe wiederholt gesagt, wenn wir an der Wasserseite kein Geld verdienen, dann verwalten wir die Randlage. Das heißt, wir müssen an der Wasserseite Geld verdienen. Das heißt, wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Häfen herstellen, und wenn wir das nicht tun, dann haben wir ein Problem. In diese Wettbewerbsfähigkeit muss auch investiert werden, sonst funktioniert das nicht, weil wir unsere Häfen so modern entwickeln müssen, dass sie den Wettbewerb mit anderen Standorten aushalten. Das gilt auch dafür, dass wir ein Luft- und Raumfahrtstandort sind und uns im Wettbewerb mit anderen Luft- und Raumfahrtstandorten befinden.

Wir sind ein Daimler-Chrysler-Standort, und wir befinden uns mit anderen Daimler-Chrysler-Standorten im Wettbewerb. Weil das so ist, müssen wir natürlich in allen Feldern, in der Wissenschaft, in der Wirtschaft, im Arbeitsmarkt, diese Wettbewerbssituation annehmen und aufnehmen, und deshalb wird es nicht nur gehen, Frau Linnert, dass man Prämien für das Unterlassen verteilt, sondern wir werden auch etwas unternehmen müssen, im wahrsten Sinne des Wortes.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden sehr viel unternehmen müssen, weil Sie unseren Haushalt nicht nur fiskalisch in Ordnung bekommen müssen. Wir brauchen Wachstum, und wenn wir Wachstum haben wollen, dann müssen wir in unsere Wettbewerbsfähigkeit investieren. Anders wird es mit dem Wachstum nicht funktionieren. Wir müssen Menschen, die heute Sozialhilfe empfangen,

wieder in die Lage versetzen, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu bekommen und zu besetzen.

(Beifall bei der CDU)

Dann haben wir eine Rendite, weil wir dann nämlich als Staat weniger Geld für die Sozialhilfe ausgeben müssen und dafür aber einen anderen Ertrag aus der Steuerkraft arbeitender Menschen haben, die auch ihre sozialversicherungspflichtigen Beiträge abführen können. Wir müssen diese Mechanik in Gang setzen. Deshalb warne ich davor zu glauben, dass man die Probleme Bremens abschließend mit einer fiskalischen Bewertung betreiben kann. Da liegen wir falsch. Deshalb werden wir diese Debatte weiter führen.

Lassen Sie mich ganz kurz etwas zum Begriff Zäsur sagen! Jeder Bürgermeisterwechsel ist eine Zäsur. Er ist eine Zäsur, wenn einer, der das sehr lange gemacht hat, geht und jemand Neues kommt, der hier im Hause allen von uns vertraut ist. Soweit ist es eine Zäsur. Wir haben einen gemeinsamen Koalitionsvertrag. Da gibt es keine Zäsur, sondern dieser Vertrag wird, denke ich, von beiden Seiten auch in Zukunft eingehalten.

Lassen Sie mich auch für so kleine Escape-Klauseln nur einmal eines sagen, weil es auch zur Bewertung der Vergangenheit gehört! Alles das, was politisch in Bremen und Bremerhaven geschehen ist, haben diese beiden Fraktionen gemeinsam beschlossen, mit Herrn Böhrnsen, mit unseren Fraktionsvorsitzenden, mit all den Mitgliedern der Fraktionen. Das ist das Ergebnis unserer gemeinsamen Politik. Ich habe ganz wenige gesehen, die hier sozusagen bei den Abstimmungen, wenn alle anderen den Arm gehoben haben, dies nicht getan haben. Das mag es in Einzelfällen gegeben haben. Deshalb bin ich mit dem Begriff Zäsur schon einverstanden, wenn es nicht den Abschied aus der gemeinsamen Verantwortung für die Vergangenheit bedeutet. Das macht wenig Sinn. Wir müssen auf dem aufbauen, was wir haben und was wir hier gemeinsam geschaffen haben. Wir können auf vieles davon stolz sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird auch in Zukunft so sein, dass das Schlechttreden des eigenen Standortes für den Standort selbst nicht renditefähig ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden, gerade weil wir schwierige Zeiten haben, eine besondere Solidarität benötigen, damit für alle erkennbar ist, dass hier eine politische gemeinsame Führung da ist, die mit aller Kraft nach vorn will, die Probleme anpacken will und sie auch lösen will, soweit wir das können, und soweit wir das nicht können, werden wir auch mit aller Kraft solidarisch an die Klage herangehen.

(C)

(D)

- (A) Herr Böhrnsen, Sie waren gestern bei uns in der Fraktion. Wir haben ein kurzes Gespräch gehabt. Wir haben in der Koalitionsrunde am Freitag etwas länger Gelegenheit gehabt zu reden. Ich sage das so freundlich, wie man das nur sagen kann. Das Amt des Präsidenten des Senats ist ein völlig anderes als das Amt des Fraktionsvorsitzenden. Als Fraktionsvorsitzender tragen Sie natürlich auch eine Verantwortung in besonderer Weise für die Handschrift der SPD, als Präsident des Senats stehen Sie für die große Koalition. Sie tragen die Verantwortung mit für beide Seiten, und wir erwarten das von Ihnen, dass wir mit Ihnen gemeinsam die wechselseitigen Unterschiede diskutieren, dass wir dann auch zu gemeinsamen Ergebnissen kommen und dass wir diese Ergebnisse an einem Maßstab messen müssen, nämlich dem Nutzen unserer beiden Städte Bremen und Bremerhaven.

Deshalb ist es so, ich werde auch unserer Fraktion nicht versprechen können, dass es in dieser großen Koalition 100 Prozent CDU-Politik gibt. Ich rate Ihnen auch dazu, sich damit abzufinden, dass es vermutlich eine 50-zu-50-Lösung wird, und je mehr die eine oder andere Seite den permanenten Versuch macht, die 50-Prozent-Latte immer wieder zu überschreiten, wird das in der Kooperationsbereitschaft und in den Ergebnissen für die beiden Städte durchaus problematisch werden können.

- (B) Der entscheidende Punkt, wenn es einem schlecht geht, finanziell, ist der, dass wir gemeinsam etwas zustande bekommen. Ich wünsche Ihnen den Mut, Entscheidungen zu treffen, mit uns gemeinsam, und die Dinge nicht nur zu besprechen. Ich habe es irgendwann einmal scherzhaft gesagt: Politische Probleme sind etwas völlig anderes als Gürtelrose. Die soll man bekanntermaßen durch Besprechen heilen können. Wir brauchen eine Lösung unserer Probleme, wir brauchen ein ganz konkretes Angehen der Probleme, und wir brauchen auch die Kraft, gelegentlich auch einmal unpopuläre Entscheidungen durchtragen zu müssen, selbst wenn es nicht immer leicht fällt.

Ich wünsche Ihnen diese Kraft! Ich wünsche Ihnen, dass Sie sich auch diese alte Lebensweisheit bremischer Kaufleute zu Eigen machen, die beim Schütting über der Tür steht: „Buten un binnen, wagen un winnen“. Das Winnen ohne zu wagen funktioniert im Regelfall nicht. Das heißt, wir müssen gemeinsam auch etwas wagen wollen. Wir müssen gemeinsam auch etwas zustande bringen. Ich hoffe, dass uns dies gelingt, und ich wünsche Ihnen Fortune, und ich wünsche Ihnen heute auch ein gutes Wahlergebnis!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Tagesordnungspunkt ist ohne den Rücktritt des bisherigen Präsidenten des Senats nicht denkbar.

(Heiterkeit)

Deshalb muss man sich mit dem Politiker Henning Scherf und mit der großen Koalition und mit der bremischen Politik der letzten Jahre beschäftigen. Mit dem Abtritt von Henning Scherf von der politischen Bühne in Bremen verliert die große Koalition einen ihrer Eckpfeiler und die Klammer für ihre Existenz. Wenn sich die Koalition jetzt zu einem Weitermachen aufrafft, geschieht dies unter sehr viel labileren Verhältnissen als bisher.

(Unruhe – Glocke)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit!

Abg. **Wedler** (FDP): Ich bin davon überzeugt, dass mit dem Abgang von Henning Scherf auch die Zeit der großen Koalition in Bremen ihrem Ende entgegengeht. Der innerparteiliche Wahlkampf in der SPD um die Nachfolge von Henning Scherf hat dies sehr deutlich und für uns alle sichtbar gemacht. Da war so viel Unmut und Verdruss über die bestehende Koalition zu vernehmen, dass man eigentlich kaum noch an ihre Weiterexistenz denken konnte.

Ich glaube, beide Partner selbst richten sich auf das baldige Ende ein. Selbst wenn die Koalition bis zum Ende der Legislaturperiode noch hält, spätestens dann dürfte Schluss sein. Ob von der Berliner Entwicklung mit der Aussicht auf eine große Koalition dort auch eine disziplinierende Wirkung hierher nach Bremen ausstrahlt und dies auch für uns in Bremen gut ist, bleibt abzuwarten. Angesichts der riesigen Probleme, vor denen wir stehen, und angesichts der Erfahrungen mit dieser Koalition und auch angesichts der Berliner Probleme bin ich da eher sehr skeptisch.

Henning Scherf geht sicher in die bremische Geschichte ein. Immerhin hat er ein Vierteljahrhundert an maßgeblichen Stellen in der politischen Führung unseres Bundeslandes und in der Stadt Bremen gewirkt. Vor allem seine Tätigkeit in mehreren Senatsressorts, zum Beispiel Finanzen, Soziales, Bildung und Justiz, und als Bürgermeister ist hier erwähnenswert. Mit seinem Namen ist die große Koalition verbunden, die wir seit über zehn Jahren hier in Bremen haben, und damit steht der Name Scherf auch für die politischen Ergebnisse dieser Koalition, für das Scheitern der bremischen Haushaltssanierung und für die Kanzlerbriefillusion.

Henning Scherf hinterlässt kein wohlgeordnetes Haus. Im Gegenteil, er hinterlässt seinem Nachfolger einen riesigen Problemberg, einen politischen und vor allem finanzpolitischen Scherbenhaufen. Er mag

(C)

(D)

- (A) zwar als „Omaknutscher“ und als netter Mensch in der Erinnerung vieler Menschen bleiben, als Politiker, der durch viele Ressorts gegangen ist, hat er aber eher negative Spuren in der bremischen Politik hinterlassen.

Die große Koalition war angetreten, um das Bundesland Bremen mit seinen beiden Landesteilen Bremen und Bremerhaven aus einer wirtschafts- und finanzpolitisch schwierigen Situation herauszuführen. Schaut man sich die Ergebnisse der Politik der Sanierungskoalition näher an und damit auch die Jahre, in denen Henning Scherf an der Spitze des Senats stand, muss man leider feststellen, dass sich die wirtschafts- und finanzpolitische Situation Bremens nicht gebessert hat. Das berührt alle Politikbereiche, quer durch die Bank wirklich alle Politikfelder.

Es ist hier in Bremen nicht besser, sondern schlechter geworden als zu Beginn der Sanierung. Das kann man an einigen Punkten festmachen: Die bremischen Schulden liegen heute nicht niedriger, sondern wesentlich höher als zu Beginn der Sanierung. Sie sind von zirka 8,5 Milliarden Euro auf inzwischen fast 13,5 Milliarden Euro angestiegen, dabei Stadt und Land zusammen einschließlich der in anderen Haushalten, in Schattenhaushalten befindlichen Beträge. Die Zahl der Arbeitslosen liegt in der Stadt Bremen derzeit bei 16 Prozent, in Bremerhaven bei 24 Prozent, während wir im Bundesgebiet eine Arbeitslosenzahl von etwa zwölf Prozent haben. Wir sind also in Bremen und in Bremerhaven deutlich schlechter als im Bundesgebiet, und in Bremerhaven ist die Zahl der Arbeitslosen fast doppelt so hoch wie im Bundesgebiet. Sie liegt zudem noch deutlich über den entsprechenden Werten in den ostdeutschen Bundesländern.

(B)

Zehn Jahre große Koalition und zwei Sanierungsphasen haben an den ungünstigen Strukturen und an den externen und innerbremischen Relationen nichts Wesentliches verbessern können. Die Zinssteuerquote, das heißt die entscheidende Zahl für die Definition einer Haushaltsnotlage, steigt wieder an und dürfte in wenigen Jahren, 2009 nämlich, wieder den Wert wie zu Beginn der bremischen Haushaltssanierung erreicht haben. Trotz milliardenschwerer Sanierungszahlungen sind verfassungskonforme Haushalte nicht in Sicht. Die Koalition spricht jetzt vom ehrgeizigen Ziel eines wenigstens ausgeglichenen Primärhaushalts in der Mitte der nächsten Legislaturperiode, wohl wissend, dass dies an der Verfassungswidrigkeit des Haushalts nichts ändert und einen Betrug an der Zukunft unserer Jugend darstellt. Die steigenden Zinszahlungen werden einfach weggerechnet.

Das Platzen des so genannten Kanzlerbriefs hat alle Hoffnungen auf ein Gelingen der bremischen Haushaltssanierungen in Luft aufgelöst und damit alle Skeptiker – leider, wie ich sagen muss – bestätigt. Henning Scherf und seine große Koalition wurden damit auf den Boden der finanzpolitischen Realität zurückgeholt. Für die niederschmetternden Ergebnisse der illusionären Haushalts- und Finanzpolitik steht die

große Koalition, aber auch Henning Scherf. Selbst das Argument, dass ja viele schöne Dinge in Bremen geschaffen wurden und auch in Bremerhaven kräftig investiert wurde, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine Vielzahl von Flops und Fehlinvestitionen sowie eine ganze Reihe wenig rentabler und überflüssiger konsumtiver und investiver Ausgaben getätigt wurden.

Die Wahl eines neuen Präsidenten des Senats markiert eine Zäsur in der politischen Geschichte unseres Landes – darüber ist eben schon gesprochen worden, auch über das, was Inhalt des Begriffs Zäsur sein kann –, eine Zäsur, die allerdings nach meiner Auffassung und auch nach der Auffassung meiner Partei dringend nötig ist. Mit dem Wechsel an der Spitze des Rathauses bietet sich jetzt die Chance, einen dringend notwendigen Politikwechsel, sowohl was den Inhalt als auch was den Stil betrifft, einzuleiten. Ein Festhalten an der ursprünglichen Koalitionsvereinbarung, die ja noch vom Gelingen der bremischen Haushaltssanierung ausging, verbietet sich. Da habe ich eine andere Auffassung als Sie, Herr Perschau. Ein politischer Neuanfang ist nach meiner Auffassung unumgänglich.

Ein „weiter so wie bisher“ geht nicht mehr, das hat Herr Böhrnsen, der neue Mann für das Rathaus, mehrfach gesagt. Das ist auch meine Meinung und die meiner Partei. Die Zeit des Schönredens und des Sichertwas-Vormachens ist vorbei. Jetzt müssen wirklich harte politische Entscheidungen getroffen werden. Die gesamte bremische Politik steht angesichts des Desasters in unserem Haushalt zur Disposition, sie muss neu austariert werden. Dabei kann es keine Erbhöfe und keine Tabus geben, auch keine koalitionspolitischen Proporze. Nur das Ganze und die unterschiedlichen Gegebenheiten in den beiden Landesteilen Bremen und Bremerhaven sind von Bedeutung.

Ich hoffe, dass Sie, Herr Böhrnsen, Ihren Erklärungen zur Haushaltslage und zum Sparen sowie zu den innerbremischen Schwerpunkten bei Ihrem SPD-internen Wahlkampf und Ihren gelegentlichen Äußerungen auch hier im Haus nunmehr die entsprechenden politischen Taten folgen lassen können. Wir von der FDP werden Sie jedenfalls an diesen Taten messen.

Ich wünsche Ihnen, Herr Böhrnsen, und damit auch uns allen für Ihre neue Aufgabe im Bremer Rathaus eine glückliche Hand, wobei ich davon ausgehe, dass Sie nachher natürlich auch gewählt werden. Ich selbst werde als Teil der Opposition Sie nachher nicht wählen. Das hat allerdings rein politische und keine persönlichen Gründe. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich auf der Besuchertribüne ganz herzlich den Vorsteher der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung,

(C)

(D)

- (A) Herrn Arthur Beneken, und den Oberbürgermeister Jörg Schulz begrüßen!

(Beifall)

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Böhrnsen, ich werde Sie als Bürgermeister und Präsident des Senats selbstverständlich nicht mitwählen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Sie haben zwar den Bildungssenator Herrn Lemke als SPD-Mitbewerber für dieses sehr schwere Amt eindeutig mit sieben zu drei geschlagen, aber, und nun kommt das Aber: Hätten Sie oder Herr Senator Lemke eine diesbezügliche Abstimmung in unserer Bremer und Bremerhavener Bevölkerung durchgeführt, dann, glaube ich, wären Sie beide für das Bürgermeisteramt mit Schimpf und Schande untergegangen, weil Sie beide keine Ausstrahlung eines Herrn Dr. Scherf besitzen, der Ihre SPD persönlich allein durch seine Ausstrahlung und seine Persönlichkeit bei der letzten Landtagswahl vor einem SPD-Wahldesaster gerettet hat. Die gesamte SPD hat keine Persönlichkeit eines Herrn Dr. Scherf mehr. Das wird Ihre SPD bei den nächsten Landtagswahlen noch deutlich zu spüren bekommen.

(B)

Herr Böhrnsen, ich möchte Ihnen Ihren guten Willen, dieses Bundesland politisch positiv zu verändern und weiter nach vorn zu bringen, ja überhaupt nicht absprechen. Sie haben gerade in den letzten Wochen bei unzähligen SPD-Veranstaltungen durchaus positive programmatische Zielsetzungen für das sehr schwere Amt dargestellt. Da waren einige sehr gute Ansätze dabei. Sie haben wie alle etablierten Politiker sehr viel und sehr gern über positive politische Veränderungen in diesem Bundesland geredet, aber wie sagt man so schön: Allein der Glaube dazu fehlt mir. Herr Böhrnsen, Sie sind seit 1967 Mitglied der SPD und in weiteren Organisationen, zum Beispiel ÖTV, AWO und so weiter, aktiv tätig. Das heißt also für mich, dass Sie in unzähligen Funktionen gerade als SPD-Fraktionsvorsitzender direkt oder indirekt für den wirtschaftlichen und finanziellen Ruin dieses Bundeslandes mitverantwortlich sind.

Meine Damen und Herren, unsere Bürgerinnen und Bürger haben es doch einer SPD-Politik mit sozialdemokratischen Inhalten zu verdanken, dass das Bundesland Bremen zwölf Milliarden Schulden hat – es zahlt allein für Zinsen eine Milliarde D-Mark –, dass es praktisch ruiniert, finanziell und wirtschaftlich am Ende ist und es unter Herrn Dr. Scherf und Herrn Senator Lemke den größten Bildungsnotstand in seiner Geschichte ertragen und erleiden muss. Ich muss diese Aufzählung leider abkürzen, weil ansonsten dafür

meine Redezeit nicht ausreichen würde. Ihre SPD hat durch Ihre allein geführte Regierung und jetzt gemeinsam mit der CDU als große Koalition unser Bundesland völlig, aber auch völlig ruiniert. Herr Böhrnsen, wenn das Ihre ach so angepriesenen sozialdemokratischen Werte sind, auf die Sie immer so viel Wert legen, wenn so eine sozialdemokratische Erneuerung aussehen soll, dann gute Nacht, Bundesland Bremen!

(C)

Herr Böhrnsen redet immer von so genannten sozialdemokratischen Inhalten, zum Beispiel kündigt er an die Schaffung neuer Arbeitsplätze – sehr gut! –, keine Studiengebühren – sehr gut! –, keine weiteren Kürzungen bei den Jugendverbänden und so weiter. Alle Forderungen kann ich namens der Deutschen Volksunion voll und ganz unterstützen, aber Herr Böhrnsen hat dabei ganz vergessen zu erwähnen, dass es gerade diese große Koalition aus SPD und CDU gewesen ist, die gerade bei Kindern, Jugendverbänden und Jugendprojekten so dramatisch gekürzt hat, dass weitere Kürzungen praktisch gar nicht mehr möglich sind. In anderen wichtigen Bereichen ist es ebenso. Also haben Sie da unseren Bürgerinnen und Bürgern etwas versprochen, was praktisch eigentlich sowieso nicht mehr sozialverträglich möglich ist.

Meine Damen und Herren, das Bundesland Bremen hat unter dieser großen Koalition aus SPD und CDU den unsozialsten, grausamsten und rücksichtslosesten Sparkurs und Sozialabbau betrieben, den es so in der Geschichte Bremens noch nie gegeben hat. Sie, Herr Böhrnsen, waren als SPD-Fraktionsvorsitzender maßgeblich daran beteiligt.

(D)

In Ihren Aussagen der letzten Wochen hatten Sie durchaus gute Ziele und Ansätze. Nun frage ich Sie: Warum haben Sie sich für die Umsetzung und Durchsetzung Ihrer guten Ziele und Ansätze als SPD-Fraktionsvorsitzender nicht schon viel früher eingesetzt? Warum erst jetzt? Den politischen Einfluss als SPD-Fraktionsvorsitzender haben Sie doch schon viel früher gehabt, und heute machen Sie Versprechungen, obwohl Sie genau wissen, dass Sie diese aufgrund des fehlenden finanziellen Handlungsspielraums gar nicht einhalten können. Nun bin ich wirklich einmal gespannt, in welchen wichtigen Bereichen, die von den sozialdemokratischen Inhalten geprägt sein sollen, Sie künftig drastische Einsparungen vornehmen wollen oder vornehmen müssen. Darauf bin ich schon sehr gespannt!

Des Weiteren haben Sie ausgeführt, dass Sie es heute als einen sehr großen Fehler ansehen, dass Sie damals den schrecklichen und grausamen Affenversuchen an der Bremer Universität mit zugestimmt haben. Sie haben aber nach dieser richtigen Erkenntnis trotzdem meinen Antrag „Keine weiteren Affenversuche an der Bremer Uni!“ abgelehnt. So viel nun zu Ihrer Ehrlichkeit und Lernfähigkeit einer richtigen Erleuchtung!

Herr Böhrnsen, ich spreche Ihnen Ihren guten Willen und hohe Fachkompetenz, dieses Bundesland

(A) nach vorn zu bringen, überhaupt nicht ab, aber Herr Dr. Scherf hat Ihnen ein wirklich sehr schweres Erbe hinterlassen. In zehn Jahren sind die Schulden von acht Milliarden Euro auf sage und schreibe weit über zwölf Milliarden Euro angestiegen, und das trotz 8,5 Milliarden Euro Zuwendungen vom Bund. Aufgrund des fehlenden Geldes aus dem Kanzlerbrief muss zum Beispiel ein Viertel des zirka Vier-Milliarden-Etats über Kredite finanziert werden. Das ist keine gute Grundlage für Visionen, um dieses Bundesland zukunftsorientiert nach vorn zu bringen. Wirtschaftlich und finanziell muss eine politische Umstrukturierung vorgenommen werden, das ist ganz klar, und auch die Selbständigkeit des Bundeslandes Bremen muss abgesichert werden.

Herr Böhrnsen, Sie haben die meisten unsozialen Beschlüsse für den Ruin des Bundeslandes Bremen in den beiden Städten Bremen und Bremerhaven als Fraktionsvorsitzender der SPD mitgetragen. Eine dringend notwendige politische Erneuerung und neue Ansätze sehe ich leider nicht. Darum werde ich mit Nein stimmen, wünsche Ihnen aber trotzdem im Interesse und zum Wohl des Bundeslandes Bremen und seiner Bevölkerung alles Gute und bedanke mich!

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

(B) Meine Damen und Herren, die Mitglieder des Senats werden nach Artikel 107 Absatz 2 der Landesverfassung mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt.

Gemäß Paragraph 58 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung erfolgt die Wahl des Senats in geheimer Abstimmung. Da es interfraktionell vereinbart wurde, erfolgt die Abstimmung gemäß Absatz 4 in Wahlkabinen.

Zum Wahlverfahren lassen Sie mich bitte folgende Anmerkungen machen: Die Ausgabe der Stimmzettel und Wahlumschläge erfolgt nach Namensaufruf an den Tischen rechts neben den Wahlkabinen. Bitte gehen Sie dann mit Ihrem Stimmzettel in eine der beiden Wahlkabinen und vermerken dort Ihre Wahlentscheidung auf dem Stimmzettel.

Sie haben die Möglichkeit, mit Ja, Nein oder Stimmenthaltung zu entscheiden. Fehlt eine Kennzeichnung, gilt die Stimme als nicht abgegeben. Enthält der Stimmzettel mehr Kennzeichnungen als zu Wählende, ist er ungültig. Falten Sie bitte den Stimmzettel und stecken Sie ihn in den mitgegebenen Wahlumschlag. Werfen Sie dann den Stimmzettel in die Wahlurne.

Ich weise noch darauf hin, dass die Schriftführerinnen Stimmzettel zurückzuweisen haben, die erstens außerhalb der Wahlkabine gekennzeichnet oder in den Wahlumschlag gelegt wurden, zweitens nicht in den Wahlumschlag gelegt wurden, drittens sich in ei-

nem Wahlumschlag befinden, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht.

Stimmzettel, die Zusätze oder Kennzeichnungen enthalten, sind ungültig, wenn sie den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder die Person des Wählers erkennbar wird.

Sollte sich ein Abgeordneter beim Ausfüllen des Stimmzettels verschreiben, kann er bei den Schriftführerinnen gegen Rückgabe des alten Stimmzettels einen neuen Stimmzettel erhalten.

Wir kommen zur Wahl.

Ich eröffne den Wahlgang.

Ich rufe jetzt alle Abgeordneten nach dem Alphabet namentlich auf und bitte die so aufgerufenen Damen und Herren, die Wahl vorzunehmen. Gleichzeitig bitte ich die Schriftführerinnen, an der Ausgabe der Stimmzettel und an der Wahlurne Platz zu nehmen.

Ich beginne mit dem Namensaufruf.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, ich frage, ob alle Abgeordneten ihre Stimmzettel erhalten und abgegeben haben.

Ich stelle fest, dass alle Abgeordneten ihren Stimmzettel erhalten und abgegeben haben.

Meine Damen und Herren, dann ist der Wahlgang beendet.

Wir kommen jetzt zur Auszählung der abgegebenen Stimmen. Ich bitte die Schriftführerinnen, die Auszählung vorzunehmen.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag), bis das Ergebnis der Auszählung vorliegt.

(Unterbrechung der Sitzung 11.15 Uhr)



Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 11.22 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen jetzt das Wahlergebnis bekannt, und zwar in der Form, wie es mir von den Schriftführerinnen vorgelegt wurde: Ausgegebene Stimmzettel 81, abgegebene Stimmzettel 81.

Auf Herrn Böhrnsen entfielen 62 Jastimmen, 19 Neinstimmen. Es gab keine Enthaltungen und keine ungültigen Stimmen.

(C)

(D)

(A) Meine Damen und Herren, ich stelle fest, damit ist Herr Jens Böhrnsen gemäß Artikel 107 Absatz 2 unserer Landesverfassung zum Präsidenten des Senats gewählt worden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Herr Böhrnsen, ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) hat Sie soeben zum Präsidenten des Senats gewählt.

Ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Abg. B ö h r n s e n [SPD]: Ich nehme die Wahl an!)

Ich stelle fest, Sie haben die Wahl zum Präsidenten des Senats angenommen.

Wir kommen nun zu Ihrer Vereidigung.

Nach der Landesverfassung haben Sie den Eid vor der Bürgerschaft zu leisten. Ich spreche Ihnen jetzt

die Eidesformel vor und bitte Sie, mit den Worten „Das schwöre ich“ oder „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe“ den Eid zu leisten!

Die Eidesformel lautet: „Ich schwöre als Mitglied des Senats, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen halten und schützen zu wollen.“

Herr Böhrnsen, ich bitte, jetzt den Eid zu leisten!

(Abg. B ö h r n s e n [SPD]: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Bürgermeister Böhrnsen, mit der Eidesleistung ist Ihr Amtseintritt in den Senat vollzogen.

Herzlichen Glückwunsch, Herr Bürgermeister Böhrnsen!

Meine Damen und Herren, damit ist die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) geschlossen.

(Schluss der Sitzung 11.26 Uhr)

(C)

(B)

(D)

